

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung

Sitzung: Dienstag, 27.05.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 18:11 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern) verhindert, * per Video, übrige Teilnehmer/innen in Präsenz

Frau Antonelli-Ngameni	Frau Köhler
Frau Arning	Herr Köster
Herr Bach	Herr Kühn
Herr Bader	Herr Lehmann
Frau Bartsch	Frau Lerche
Herr Behrens	Frau Maul
Herr Böttcher	Herr Mehmeti
Herr Bratmann	Herr Merfort
Herr Bratschke	Herr Möller
Frau Braunschweig	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Ohnesorge
Frau Dr. Flake *	Herr Dr. Plinke
Herr Flake	Herr Pohler
Herr Glogowski	Frau Saxel
Frau Glogowski-Merten	Herr Schatta
Frau Göring *	Frau Schneider
Herr Graffstedt	Herr Schnepel
Frau Hahn	Frau Schütze
Frau Hillner	(Herr Sommerfeld)
Frau Ihbe	Herr Stühmeier
Frau Jalyschko	Herr Swalve
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Täubert
Frau Johannes	Herr Volkmann
Herr Jonas	Frau vom Hofe
Frau Kaphammel	Frau von Gronefeld
Frau Kluth *	Herr Wendt
Herr Knurr	Herr Winckler
	Herr Wirtz

Verwaltung

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Prof. Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Rentzsch
Dezernent Leppa
Ltd. Gewerbedirektor Gekeler

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Mandatsverzicht des Ratsherrn Udo Sommerfeld sowie
Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 Niedersächsisches
Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 25-25821 |
| 3 | Einführung und Verpflichtung der für den ausgeschiedenen Rats-
herrn Udo Sommerfeld berufenen Nachfolgerin Anke Schneider | |
| 4 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.04.2025 | |
| 5 | Mitteilungen | |
| 5.1 | Verlängerung des bestehenden Angebots eines
Braunschweiger Schülertickets bis zum 31. Dezember 2025
Mitteilung der Verwaltung | 25-25563 |
| 5.2 | Vorsitz der Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und
Die PARTEI
Mitteilung der Verwaltung | 25-25891 |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Inflationsausgleich und Stärkung für den Honigtopf
Antrag der FDP-Fraktion | 25-25575 |
| 6.1.1 | Inflationsausgleich und Stärkung für den Honigtopf
Stellungnahme der Verwaltung | 25-25575-01 |
| 6.2 | Einführung einer Verpackungssteuersatzung in Braunschweig
Antrag der BIBS-Fraktion | 25-25825 |
| 7 | Umbesetzung in Ratsgremien | 25-25823 |
| 8 | Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses | 25-25820 |
| 9 | Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters | 25-25502 |
| 10 | Beitritt der Stadt Braunschweig zum Deutsch-Österreichischen
URBAN-Netzwerk | 25-25801 |
| 11 | Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode | 25-25510 |
| 11.1 | Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode
Antrag / Anfrage zur Vorlage 25-25510
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 25-25510-02 |
| 11.2 | Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode
Stellungnahme der Verwaltung | 25-25510-03 |

12	Beschluss über den Jahresabschluss 2021 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	25-25725
13	Beschluss über den Jahresabschluss 2021 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	25-25717
14	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	25-25724
15	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-25700
16	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-25701
16.1	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-25701-01
17	Ermächtigung zur Aufnahme von Konzernkrediten in Höhe von bis zu 165,679 Mio. Euro	25-25777
18	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-25751
19	Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW)	25-25597
20	Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirksatzung)	25-25032
21	Vergabe der Trägerschaft der jugendhilflichen Betreuungsgruppen im Rahmen des Braunschweiger KoGS-Modells in der Grundschule Schölkestraße	25-25542
22	Beitritt der Stadt Braunschweig zum weltweiten Rainbow Cities Network	25-25775
23	163. Änderung des Flächennutzungsplanes „Friedhof Weststadt“ Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehanger, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehanger Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	25-25409
24	Bebauungsplan „Friedhof Weststadt“, WI 114 Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehanger, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehanger Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	25-25283

25	Anfragen	
25.1	Fortschritte und Konkretisierung der klimaneutralen Fernwärmeverversorgung Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	25-25813
25.1.1	Fortschritte und Konkretisierung der klimaneutralen Fernwärmeverversorgung Stellungnahme der Verwaltung	25-25813-01
25.2	Wie kann die schwierige Situation am Klinikum verbessert werden? Anfrage der CDU-Fraktion	25-25826
25.2.1	Wie kann die schwierige Situation am Klinikum verbessert werden? Stellungnahme der Verwaltung	25-25826-01
25.3	Modellhaftes Entsiegelungskonzept Anfrage der BIBS-Fraktion	25-25789
25.3.1	Modellhaftes Entsiegelungskonzept Stellungnahme der Verwaltung	25-25789-01
25.4	Sachstand Konzept für eine Imagepositionierung der Stadt Braunschweig Anfrage des Ratsherrn Glogowski	25-25804
25.4.1	Sachstand Konzept für eine Imagepositionierung der Stadt Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	25-25804-01
25.5	Spielstätte für die freie Theaterszene Anfrage der CDU-Fraktion	25-25827
25.5.1	Spielstätte für die freie Theaterszene Stellungnahme der Verwaltung	25-25827-01
25.6	Zwölf Jahre Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft Anfrage des Ratsherrn Glogowski	25-25805
25.6.1	Zwölf Jahre Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft Stellungnahme der Verwaltung	25-25805-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Sitzung in hybrider Form stattfindet, also neben den in Präsenz Anwesenden auch Ratsmitglieder per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen. Er benennt die entschuldigten sowie die per Videokonferenz zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt fest, dass die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Saal anwesend sind.

Sodann gibt Ratsvorsitzender Graffstedt Hinweise zur Durchführung der Sitzung in hybrider Form und teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 5.2: Vorsitz der Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI
Mitteilung 25-25891

Zu TOP 7: Umbesetzung in Ratsgremien
Vorlage 25-25823

Zu TOP 11.2: Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode
Stellungnahme 25-25510-03

Zu TOP 16.1: Haushaltsvollzug 2025
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen
gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG
Ergänzungsvorlage 25-25701-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist ferner darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur der Tagesordnungspunkt 27 - Mitteilungen - vorgesehen ist. Er teilt mit, dass schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen nicht vorliegen und die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:08 Uhr in die Beratung ein.

- 2. Mandatsverzicht des Ratsherrn Udo Sommerfeld sowie Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)**

25-25821

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NComVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NComVG für den Sitzverlust des Ratsherrn Udo Sommerfeld aufgrund seiner schriftlichen Verzichtserklärung vom 16.04.2025 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 3. Einführung und Verpflichtung der für den ausgeschiedenen Rats-herrn Udo Sommerfeld berufenen Nachfolgerin Anke Schneider**

Ergebnis:

Ratsvorsitzender Graffstedt gibt die Feststellung des Gemeindewahlleiters zum Sitzübergang bekannt. Anschließend nimmt Oberbürgermeister Dr. Kornblum die förmliche Verpflichtung gemäß § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NComVG) sowie die Pflichtenbelehrung nach § 43 NComVG von Ratsfrau Anke Schneider vor.

- 4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.04.2025**

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 01.04.2025 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

- 5. Mitteilungen**

Die Behandlung der Mitteilungen erfolgt in der Zeit von 14:13 Uhr bis 14:18 Uhr.

- 5.1. Verlängerung des bestehenden Angebots eines Braunschweiger Schülertickets bis zum 31. Dezember 2025
Mitteilung der Verwaltung**

25-25563

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass die Mitteilung 25-25563 nach Aussprache ergangen ist.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25563 wird zur Kenntnis genommen.

- 5.2. Vorsitz der Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI
Mitteilung der Verwaltung**

25-25891

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25891 wird zur Kenntnis genommen.

6. Anträge

6.1. Inflationsausgleich und Stärkung für den Honigtopf Antrag der FDP-Fraktion	25-25575
6.1.1. Inflationsausgleich und Stärkung für den Honigtopf Stellungnahme der Verwaltung	25-25575-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 25-25575 die Stellungnahme 25-25575-01 vorliegt. Ratsfrau Glogowski-Merten bringt den Antrag ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Das Förderprogramm „Honigtopf“ erhält einen Inflationsausgleich: Das Budget für das Programm wird um 20 % erhöht. Ab dem nächsten Doppelhaushalt werden die Mittel dynamisiert.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25575-01 wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Einführung einer Verpackungssteuersatzung in Braunschweig Antrag der BIBS-Fraktion	25-25825
--	-----------------

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegende Empfehlung des Verwaltungsausschusses hin, den Antrag 25-25825 zur Vorberatung in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung zu verweisen.

Ratsfrau Arning bringt den Antrag ein und beantragt die Verweisung zur Vorberatung in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Verweisung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 25-25825 wird zur Vorberatung in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

einstimmig beschlossen

7. Umbesetzung in Ratsgremien	25-25823
--------------------------------------	-----------------

Beschluss:

1. Umbesetzung im Verwaltungsausschuss

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Verwaltungsausschuss bestimmt.

2. Umbesetzung im Ältestenrat

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Ältestenrat benannt.

3. Umbesetzung im Ausschuss für Vielfalt und Integration einschließlich Ausschussvorsitz

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Mitglied im Ausschuss für Vielfalt und Integration benannt und gleichzeitig als Ausschussvorsitzende bestimmt.

4. Umbesetzung in Ausschüssen

Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

- Anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld wird Ratsfrau Anke Schneider als Mitglied im Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung benannt.

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung

- Anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld wird Ratsfrau Anke Schneider als Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung benannt.

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben benannt.

Ausschuss für Planung und Hochbau

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Ausschuss für Planung und Hochbau benannt.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Ausschuss für Soziales und Gesundheit benannt.

Sportausschuss

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Sportausschuss benannt.

Umwelt- und Grünflächenausschuss

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Umwelt- und Grünflächenausschuss benannt.

Wirtschaftsausschuss

- Ratsfrau Anke Schneider wird anstelle von Ratsherrn Udo Sommerfeld als Stellvertreterin im Wirtschaftsausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

8. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

25-25820

Beschluss:

1. Frau Emma Volkers wird als beratendes Mitglied für das Jugendparlament im Jugendhilfeausschuss benannt.

Herr Jonas Wolf wird als stellvertretendes beratendes Mitglied für das Jugendparlament im Jugendhilfeausschuss benannt.

2. Frau Ewelina Mehmeti wird als stellvertretendes beratendes Mitglied für den Stadtelternrat im Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters

25-25502

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Timmerlah	Stellv. Ortsbrandmeister	Baar, Andreas

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Beitritt der Stadt Braunschweig zum Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerk

25-25801

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 25-25801 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerk wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Enthaltungen beschlossen

11. Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode

25-25510

11.1. Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode

25-25510-02

Antrag / Anfrage zur Vorlage 25-25510
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS

11.2. Weiterbetrieb des Bades Gliesmarode

25-25510-03

Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-25510 der Änderungsantrag 25-25510-02 sowie die Stellungnahme 25-25510-03 vorliegen. Ratsfrau Ohnesorge bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 14:38 Uhr bis 14:40 Uhr.

Sodann erfolgt die Aussprache.

Während der Aussprache übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert von 15:11 Uhr bis 15:16 Uhr die Sitzungsleitung. Danach übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 25-25510-02 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er die Vorlage 25-25510 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 25-25510-02:

3) Die Finanzierung der Sanierungs- und Investitionskosten erfolgt neben dem Einwerben von Fördermitteln ausschließlich durch Mittel für das „Haus der Musik“.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Vorlage 25-25510:

1) Der Ratsbeschluss vom 27. Februar 2007 wird, soweit er sich auf die Schließung des Badezentrums Gliesmarode bezieht, aufgehoben.

2) Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen sowie,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Die Geschäftsführung der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH wird mit der Sanierung und dem anschließenden Weiterbetrieb des Badezentrums Gliesmarode beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25510-03 wird zur Kenntnis genommen.

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes 11 erteilt Ratsvorsitzender Graffstedt Ratsfrau Mundlos das Wort zur Abgabe einer persönlichen Bemerkung.

12. Beschluss über den Jahresabschluss 2021 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 25-25725

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Dr. Pollmann als Leiter gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG sowie aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2021 wird der Jahresabschluss 2021 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2021 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von **542.207,70 EUR** wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2022 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 6 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

13. Beschluss über den Jahresabschluss 2021 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 25-25717

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2021 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2021 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch Herrn Ersten Stadtrat Geiger und des Jahresabschlusses 2021 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch Herrn Stadtrat Herlitschke und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2021 wird der Jahresabschluss 2021 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2021 werden folgende Genehmigungen erteilt:
 - 2.1 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 16.304.667,78 € wird nach § 24 Abs. 1 KomHKVO in Höhe des Überschusses des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung in Höhe von 7.675.909,69 € gedeckt.

Der danach verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 8.628.758,09 € wird auf Rechnung des Haushaltjahrs 2022 vorgetragen und nach § 182 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NKomVG, auch in Verbindung mit § 182 Abs. 5 NKomVG in der Bilanz auf der Passivseite als Fehlbetrag aus Vorjahren ausgewiesen.

- 2.2 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 2.249.518,16 € wird auf Rechnung des Haushaltjahrs 2022 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 3.894.239,80 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 395.742,25 € wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG auf Rechnung des Haushaltjahrs 2022 vorgetragen und der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.765.194,16 €.

- 2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 3.552.090,73 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahrs 2022 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 92.288,50 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich entnommen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 13.444.608,66 €. Der Überschuss im neutralen Bereich in Höhe von 3.644.379,23 € wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu

bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 3.644.379,23 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 11.118,47 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2022 vorgetragen. Der Betrag wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe 11.118,47 €.

- 2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 176.393,75 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2022 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 218.384,71 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 5.842.582,82 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 394.778,46 € wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen.

Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 6.392,22 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2022 vorgetragen. Der Fehlbetrag wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Damit verbleibt in der Sonstigen Rücklage ein Betrag in Höhe von 7.627.987,81 €.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

- 14. Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** 25-25724

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass für Oberbürgermeister Dr. Kornblum ein Mitwirkungsverbot zu diesem Tagesordnungspunkt besteht und er nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen darf. Er stellt fest, dass Oberbürgermeister Dr. Kornblum den Sitzungssaal verlassen hat und an der Beratung und Abstimmung nicht teilnimmt. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 25-25724 abstimmen.

Beschluss:

Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 15:34 Uhr bis 16:00 Uhr für eine Pause.

- 15. Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** 25-25700

Erster Stadtrat Geiger berichtet zur Situation in Bezug auf das Städtische Klinikum.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 25-25700 abstimmen.

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

- 16. Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** 25-25701

- 16.1. Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** 25-25701-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-25701 die Ergänzungsvorlage 25-25701-01 vorliegt, welche die Ursprungsvorlage ersetzt. Er weist ferner darauf hin, dass im Rahmen der Vorberatung getrennt über die lfd. Nr. 3 (Teilhaushalt Fachbereich Finanzen, Projekt 4E.210411 Areal Naumburgstraße, Trennung Leitungsnetze) sowie die restliche Ergänzungsvorlage abgestimmt wurde und kündigt eine entsprechend getrennte Abstimmung an.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst einzeln über die lfd. Nr. 3 abstimmen, danach stellt er die restliche Ergänzungsvorlage 25-25701-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 25-25701-01:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

Lfd. Nr. 3: bei wenigen Enthaltungen beschlossen

Restliche Vorlage: bei zwei Enthaltungen beschlossen

- 17. Ermächtigung zur Aufnahme von Konzernkrediten in Höhe von bis zu 165,679 Mio. Euro** 25-25777

Ratsherr Flake beantragt, über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags der Vorlage 25-25777 getrennt abzustimmen.

Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags der Vorlage 25-25777 getrennt zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Jahr 2025 Konzernkredite zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften gem. § 121a NKomVG wie folgt aufzunehmen und weiterzuleiten:

1. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH in Höhe von bis zu 106,9 Mio. Euro,
2. Braunschweiger Verkehrs-GmbH in Höhe von bis zu 41,779 Mio. Euro,
3. Nibelungen-Wohnbau-GmbH in Höhe von bis zu 2,0 Mio. Euro und
4. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH in Höhe von bis 15,0 Mio. Euro.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

- zu Ziffer 1: bei Enthaltungen beschlossen
zu Ziffer 2: bei Enthaltungen beschlossen
zu Ziffer 3: bei Enthaltungen beschlossen
zu Ziffer 4: bei Enthaltungen beschlossen

18. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 25-25751

Ratsherr Behrens beantragt getrennte Abstimmung zu Anlage 3, Fachbereich 67, lfd. Nr. 1 der Vorlage 25-25751.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst einzeln über Anlage 3, Fachbereich 67, lfd. Nr. 1 abstimmen, danach stellt er die restliche Vorlage 25-25751 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

- Anlage 3, Fachbereich 67, lfd. Nr. 1: bei wenigen Enthaltungen beschlossen
Restliche Vorlage: einstimmig beschlossen

**19. Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort 25-25597
Kulturpunkt West (KPW)****Beschluss:**

Die Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4 (Entgeltordnung Kulturpunkt West), wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**20. Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung 25-25032
von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirks-
satzung)****Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

21. Vergabe der Trägerschaft der jugendhilflichen Betreuungsgruppen im Rahmen des Braunschweiger KoGS-Modells in der Grundschule Schölkestraße 25-25542

Ratsfrau Dr. Flake erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Beschluss:

Die Trägerschaft der jugendhilflichen Betreuungsgruppen im Rahmen des Braunschweiger KoGS-Modells in der Grundschule Schölkestraße wird an den Kinderschutzbund, Ortsverband Braunschweig e.V. vergeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Beitritt der Stadt Braunschweig zum weltweiten Rainbow Cities Network 25-25775

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 25-25775 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Rainbow Cities Network wird hiermit zugestimmt. Die notwendigen finanziellen Mittel für den jährlichen Mitgliedsbeitrag im Netzwerk in Höhe von 1.200 Euro sowie die Reisekosten für die jährlich stattfindenden Netzwerktreffen stehen im Budget des Dezernats V zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen

**23. 163. Änderung des Flächennutzungsplanes „Friedhof Weststadt“
Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehanger, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehanger
Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss** 25-25409

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 25-25409 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB, sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage Nr. 3 zu behandeln.
2. Die 163. Änderung des Flächennutzungsplanes „Friedhof Weststadt“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**24. Bebauungsplan „Friedhof Weststadt“, WI 114
Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehanger, Rudolph-
Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehanger
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss**

25-25283

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6 und 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan „Friedhof Weststadt“, WI 114, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

25. Anfragen

Die Behandlung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 17:39 Uhr bis 18:10 Uhr.

**25.1. Fortschritte und Konkretisierung der klimaneutralen
FernwärmeverSORGUNG
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN**

25-25813

**25.1.1.Fortschritte und Konkretisierung der klimaneutralen
FernwärmeverSORGUNG
Stellungnahme der Verwaltung**

25-25813-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-25813-01).

**25.2. Wie kann die schwierige Situation am Klinikum
verbessert werden?
Anfrage der CDU-Fraktion**

25-25826

**25.2.1.Wie kann die schwierige Situation am Klinikum
verbessert werden?
Stellungnahme der Verwaltung**

25-25826-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 25-25826-01).

**25.3. Modellhaftes Entsiegelungskonzept
Anfrage der BIBS-Fraktion**

25-25789

**25.3.1.Modellhaftes Entsiegelungskonzept
Stellungnahme der Verwaltung**

25-25789-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-25789-01).

**25.4. Sachstand Konzept für eine Imagepositionierung
der Stadt Braunschweig
Anfrage des Ratsherrn Glogowski** 25-25804

**25.4.1.Sachstand Konzept für eine Imagepositionierung
der Stadt Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung** 25-25804-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 25-25804-01).
Eine Nachfrage wird beantwortet.

**25.5. Spielstätte für die freie Theaterszene
Anfrage der CDU-Fraktion** 25-25827

**25.5.1.Spielstätte für die freie Theaterszene
Stellungnahme der Verwaltung** 25-25827-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-25827-01).

**25.6. Zwölf Jahre Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Anfrage des Ratsherrn Glogowski** 25-25805

**25.6.1.Zwölf Jahre Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Stellungnahme der Verwaltung** 25-25805-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 25-25805-01).
Eine Nachfrage wird beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen oder Beschlusspunkte vorliegen. Er schließt die Sitzung um 18:11 Uhr.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin